

Politiker wollen laut werden

Grüne und Sozialdemokraten rufen zur Kundgebung für eine Gesamtschule auf



Machen sich für eine Gesamtschule für den Ostkreis und eine bessere Bildungspolitik stark. Unser Foto zeigt (von links): Jürgen Backhaus, Gisela Velde-Gestrich, Andrea Vogelsang, Heiner Haase, Jens Erdmann und Rainer Gimbel. KLG-FOTO: KLAUS GÖCKERITZ

VON KLAUS GÖCKERITZ

Lilienthal-Grasberg-Worpswede. Den Sozialdemokraten und den Grünen stinkt es gewaltig. Sie sind sauer über die Landesregierung in Hannover und wollen die Schulpolitik der Landesoberen nicht länger hinnehmen. Die Ortsvereine aus Lilienthal, Grasberg und Worpswede wollen auf einer Kundgebung laut werden. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach einer Gesamtschule für den Ostkreis.

Es ist höchste Zeit, dass sich die örtliche Politik, die Eltern, Schüler und alle, denen eine gute Bildungspolitik am Herzen liegt, zu Wort melden, sagt der Lilienthaler Grünenpolitiker Heiner Haase. Er weist auf ein breites Bündnis für die Einführung einer Gesamtschule für die Gemeinden Lilienthal, Grasberg und Worpswede und die starre, ablehnende Haltung der Regierung in Hannover hin.

Örtliche Politik abgekoppelt

„Wir haben das Gefühl, abgekoppelt zu sein“, bemängelt auch seine Parteikollegin Gisela Velde-Gestrich. Die Kommunalpolitikerin weist auf von den Schulleitern erstellte fertige Pläne für eine Gesamtschule und die Dringlichkeit hin. Es gehe darum, die Standorte in den Gemeinden zu sichern. Ohne Gesamtschule würden im Ostkreis die Lichter an den Haupt- und Realschulen ausgehen. „Eine Gesamtschule ist

die einzige Möglichkeit, die drei Standorte zu sichern“, stellt auch der Grasberger Jürgen Backhaus fest. Er verweist dazu auf die Pädagogik und das Ergebnis der Pisa-Studien.

Dass Hannover auf die gemeinsame Forderung von Schülern, Schulleitern, Eltern, Politik und Landkreis Osterholz mit Ablehnung reagiere, sei ein einziger Affront, beschwert sich Backhaus. Er verweist auf die Gemeinde Grasberg, wo die Zahl der Schüler in den nächsten Jahren von 145 auf 45 sinken werde. Sollte sich nichts an den Strukturen ändern, würde die Findorffschule über kurz oder lang geschlossen werden, sagt auch der SPD-Politiker Rainer Gimbel voraus. Dies wäre eine Katastrophe für den gesamten Standort. In eine Gemeinde ohne Bildungsangebot würde keine Familie ziehen.

Sozialdemokraten und Grüne vermuten politische Gründe hinter der Ablehnung. aus Hannover. Die schwarz-gelbe Landesregierung in Hannover habe ein anderes von Auslese und Konkurrenz geprägtes Denken und wolle deshalb am dreigliedrigen Schulsystem festhalten, sagt Heiner Haase. Dabei sei eine gemeinsame Beschulung bis zur neunten Klasse wie in Finnland der richtige Weg, die Pisa-Ergebnisse hätten dies deutlich gezeigt, betont der Lilienthaler SPD-Politiker Jens Erdmann. Die Schwarz-Gelbe Mehrheit müsse endlich mehr Geld in die Bildung stecken und auf

die berechtigten Forderungen auch aus dieser Region eingehen. Dass für eine ordentliche Bildungspolitik das Geld fehlt, lassen die Initiatoren der Kundgebung nicht gelten. „Geld ist genug da, es wird nicht vernünftig verteilt“, stellt Jens Erdmann fest. Und Rainer Gimbel glaubt „schon lange nicht mehr den Schmarren, dass unsere Freiheit am Hindukusch verteidigt wird“. Die dort verschleuderten Mittel sollten vernünftigerweise in Bildung gesteckt werden. Eine Forderung, die Jens Erdmann nur unterstützt. Eine fiskalische Diskussion hält der Ratsherr für verlogen. Es sei am Ende billiger, jetzt in Schule und Bildung zu investieren, als anschließend für die Betreuung von auffälligen Jugendlichen zu bezahlen.

Gesamtschule ohne Alternative

Zu einer integrierten Gesamtschule für den Ostkreis mit drei Standorten in Lilienthal, Grasberg und Worpswede gibt es keine Alternative, sind die Politiker überzeugt. Um den Forderungen entsprechend Gehör zu verschaffen, laden sie für Sonnabend, 20. März, zu einer Kundgebung auf den Lilienthaler Alten Marktplatz an der Hauptstraße/Ecke Bahnhofstraße ein. Beginn ist um 10 Uhr. „Alle Bürger sind aufgefordert, daran teilzunehmen und sich auf der Kundgebung zu Wort zu melden“, kündigt die SPD-Chefin im Lilienthaler Gemeinderat, Andrea Vogelsang, an.